



Ihr gutes Recht

Zur Versicherungspflicht des Werkunternehmers

Rechtsanwälte und Kanzleien stellen sich vor

Der Kläger hatte dem Beklagten, einem Juwelier, verschiedene Schmuckstücke im Gesamtwert von 3.000,00 € zur Reparatur – alternativ zur Abgabe eines konkreten Ankaufsangebotes – übergeben. Noch bevor der Juwelier die beabsichtigten Reparaturarbeiten ausführen konnte, ereignete sich ein Raubüberfall. Die Täter entwendeten aus dem Ladenlokal des Juweliers eine Vielzahl von Schmuckstücken, darunter auch den Schmuck des Klägers. Der Juwelier war gegen das Risiko des Raubes oder des Diebstahls nicht versichert; bei der Entgegennahme der Schmuckstücke hatte er den Kläger nicht auf den fehlenden Versicherungsschutz hingewiesen. Der Kläger nahm daraufhin den Juwelier auf Wertersatz der geraubten Schmuckstücke in Anspruch.

Das Amtsgericht hatte den Juwelier antragsgemäß verurteilt. Auf dessen Berufung hat das Landgericht die Klage abgewiesen. Der Juwelier sei nicht verpflichtet gewesen, das Entwendungsrisiko zu versichern; ebenso wenig habe er eine Aufklärungspflicht hinsichtlich des mangelnden Versicherungsschutzes gehabt. Der für das Werkvertragsrecht zuständige VII Senat des Bundesgerichtshofs hat die Berufungsentscheidung mit Urteil

vom 02.06.2016 (Az. VII ZR 107/15) aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen:

Nach § 644 Abs. 1 S. 3 BGB hat der Werkunternehmer für einen zufälligen Untergang der von dem Besteller gelieferten Stoffe nicht einzustehen. Zwischen dem Kläger und dem Juwelier war ein Werkvertrag zustande gekommen; hinsichtlich dieses Vertragstyps unterscheidet sich die Reparatur eines Schmuckstücks nicht von der eines Kraftfahrzeuges oder der Errichtung eines Bauwerks. Jeweils schuldet der Werkunternehmer einen konkreten Erfolg, hier die ordnungsgemäße Reparatur der Schmuckstücke. Bei dem zu reparierenden Gegenstand – sei es eine Brosche, sei es ein PKW – handelt es sich um den von dem Auftraggeber an den Werkunternehmer gelieferten Stoff.

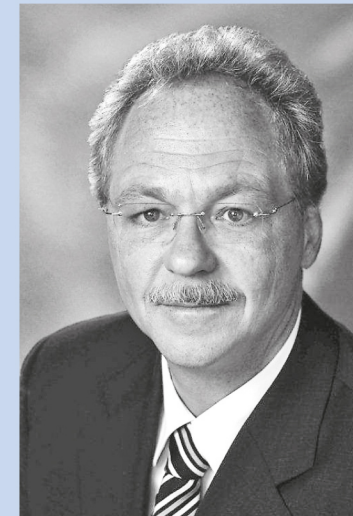
Hat der Unternehmer aber nach dieser Vorschrift für den zufälligen Untergang des zu reparierenden Gegenstandes (dazu zählt auch der Raub) nicht einzustehen, so obliegt ihm doch die vertragliche Nebenpflicht, die in seinem Gewahrsam befindlichen Sachen des Bestellers sorgfältig aufzubewahren und vor erkennbar drohenden

Schäden zu schützen. So trifft z. B. den Inhaber einer Kfz-Werkstatt die Nebenpflicht, Fahrzeuge in zumutbarer Weise während der Nachtstunden gegen Entwendung zu sichern.

Welche Schutzvorkehrungen zu treffen sind, hängt von den jeweiligen Umständen des Einzelfalls ab. Im vorliegenden Fall war dem Juwelier insoweit kein Vorwurf zu machen; die Entwendung anlässlich eines Raubüberfalls lässt sich schlechthin nicht verhindern.

Die gesetzliche Regelung, nach der in einem solchen Fall der Werkunternehmer für den Verlust der Sache gerade nicht haftet, lässt sich nicht auf dem Umweg über die Annahme einer generellen Versicherungspflicht des Unternehmers in ihr Gegenteil verkehren. Es bleibt die freie Entscheidung des Unternehmens, inwieweit er Versicherungsverträge abschließt, zumal nur er selbst die Frage der Wettbewerbsfähigkeit beurteilen kann, wenn er hohe Versicherungsprämien auf seine Preise umlegen wollte.

Bestätigt wird dieses (Zwischen-) Ergebnis dadurch, dass in anderen Bereichen, z. B. im Reisevertragsrecht, das Gesetz ausdrücklich eine Versicherung vorschreibt (§ 651k Abs. 1 S. 2 Ziff. 1



Dr. Michael Klostermann

Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

BGB). Wenn der Gesetzgeber aber für bestimmte Vertragstypen ausdrücklich eine Versicherungspflicht vorschreibt, spricht dies dafür, dass dort, wo er keine Versicherungspflicht gesetzlich regelt, eine solche Pflicht auch nicht aus anderen Gründen besteht.

Der Bundesgerichtshof hält

den Unternehmer jedoch unter zwei Voraussetzungen für aufklarungspflichtig darüber, dass kein Versicherungsschutz besteht:

Dies gelte – so der BGH – jedenfalls dann, wenn es sich um Kundenschmuck von außergewöhnlich hohem Wert handelt (dies war hier nicht der Fall) oder, wenn eine Versicherung gegen Entwendung branchenüblich ist und der Kunde deshalb eine Aufklärung hätte erwarten dürfen.

Zu der danach entscheidenden Frage, ob der Abschluss einer Diebstahls- und/oder Raubversicherung bei Juwelieren am Geschäftssitz der Beklagten branchenüblich ist, hatte das Landgericht keine Feststellungen getroffen. Um dies nachzuholen, hat der Bundesgerichtshof die Sache an das Landgericht zurückverwiesen. Dort wird nun die Auskunft der Industrie- und Handelskammer oder eines Sachverständigen dazu eingeholt, ob eine solche Branchenüblichkeit besteht.

K a h l e r t
P a d b e r g

Rechtsanwälte | Fachanwälte | Notar